

Trumps Nahostpolitik ist Innenpolitik

Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C. (2019). *Trumps Nahostpolitik ist Innenpolitik*. (Kurzanalyse / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 2). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62219-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

2 / März 2019



Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Trumps Nahostpolitik ist Innenpolitik

Cengiz Günay



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Unter Präsident Donald Trump verfolgen die USA im Nahen Osten, anders als von BeobachterInnen ursprünglich vorausgesagt, wieder eine aktivere Rolle. Dabei kann im Vergleich zur Obama Administration eine deutliche Verschiebung in der Schwerpunktlegung beobachtet werden. Die USA haben sich unter Präsident Trump weiter von liberalen normativen Forderungen und Konzeptionen entfernt und verfolgen eine offensiv realistische Politik. Es geht vor allem um die Eindämmung der regionalen Bestrebungen des Iran. Eine zentrale Rolle in der neuen Nahostpolitik Washingtons spielen Saudi-Arabien, die Golfstaaten und Israel. Die gemeinsame Feindschaft gegen den Iran soll auch ein Schlüssel für die Lösung des Nahostkonfliktes sein. Die offensive Politik gegen den Iran hat aber vor allem eine innenpolitische Dimension. Die Anti-Iran Politik hilft ein gespaltenes und radikalisiertes rechtes Lager zu vereinen. Dies ist vor allem angesichts der Präsidentschaftswahlen 2020 wichtig. Die vorliegende Kurzanalyse zeigt die Verflechtungen von Nahost- und Innenpolitik unter der Trump Administration auf, benennt die wichtigsten Akteure und leitet Ausblicke in die nähere Zukunft ab.

Keywords

Nahostpolitik, Donald Trump, Iran, Israel, Paleokonservatismus, Neokonservatismus

Autor

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des oiip, Senior Researcher und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2019

Einleitung

Im Gegensatz zu der von Donald Trump während seines Wahlkampfes propagierten isolationistischen „America First“ Agenda, sind die USA seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 auf mehreren internationalen Schauplätzen aktiv. Eine besondere Rolle spielt dabei der Nahe Osten. Dabei unterscheidet sich seine Politik wesentlich von der seiner Vorgänger. Die *Pax Americana* in der Region beinhaltete enge Beziehungen mit Schlüsselstaaten in der Region und eine spezielle Partnerschaft mit Israel. Im Nahostkonflikt versuchten die USA wiederum als Vermittler aufzutreten. Unter Präsident Trump sollte sich das rasch ändern.

Nicht zufällig führte ihn seine erste Auslandsreise nach Saudi-Arabien und dann nach Israel. Die beiden Staaten sind zentrale Bausteine in der Trumpschen Nahostpolitik, deren Leitlinien sich bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 abzeichneten. Geprägt ist sie durch Ressentiments gegen das unter Präsident Obama unterzeichnete Atomabkommen mit dem Iran. Die Nahostpolitik zielte auf die Aufkündigung des Abkommens und die Einschränkung des regionalen Einflusses des Iran ab. Trumps Handeln ist dabei weniger durch ideologische oder klare geostrategische Ziele, als vielmehr durch parteitaktische und innenpolitische Überlegungen geleitet. Die harte Haltung gegen den Iran und die explizit pro-israelische Politik spiegelt die Forderungen unterschiedlicher rechter Gruppen, die er bereits 2016 erfolgreich für sich gewinnen konnte, wider. Nun sollen sie mit Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2020 weiter hinter ihm zusammenrücken. Trumps Nahostpolitik ist damit ein Schaubispiel dafür wie sehr inzwischen auch in den USA innenpolitisches Taktieren und außenpolitisches Handeln miteinander verwoben sind. Unter Donald Trump haben sich die USA von ihrer Grand Strategy, dem Ziel, eine liberale Weltordnung, gekenn-

zeichnet durch Wirtschaftsliberalisierung, die Verbreitung liberaler politischer Werte und Multilateralismus, sowie dem Anspruch auf moralische Führerschaft in der Welt, entfernt. Die Frage ist, welche mittel- bis langfristigen Folgen das für die Rolle der USA in der Welt und die Ordnung im Nahen Osten haben wird.

Die folgende Kurzanalyse untersucht die Zielsetzungen der Trumpschen Nahostpolitik, analysiert die damit verbundenen innenpolitischen Dynamiken und unternimmt den Versuch unter Einbeziehung der Präsidentschaftswahlen 2020 Ausblicke abzuleiten.

Innenpolitik ist Außenpolitik und Außenpolitik ist Innenpolitik

Donald Trump erkannte die Frustration vieler, vor allem weißer WählerInnen, die sich von der Washingtoner Politik übergangen fühlten. Die politischen Eliten in Washington, so die verbreitete Meinung in der US amerikanischen Provinz, waren viel mehr mit der Weltpolitik als mit den Sorgen der kleinen Leute zuhause beschäftigt. Eine liberale Weltordnung, geprägt von den USA dominierten internationalen Institutionen und der Liberalisierung des Handels, hatte zwar die Position der USA im internationalen System gestärkt, sich aber auf das Leben der ArbeiterInnen in traditionellen Industrien sowie auf die US-amerikanische Landwirtschaft kaum positiv ausgewirkt. Viele sahen sich auf der Verliererseite. Trumps Slogans und Versprechen im Wahlkampf 2016, sowie seine ersten außenpolitischen Entscheidungen zielten auf die Enttäuschungen dieser Wählerschichten an.

In seinem Kampf gegen das Establishment in Washington und in seiner Partei rückte Trump dabei kontinuierlich immer weiter nach rechts. Er übernahm Slogans und Forderungen verschiedener, zum Teil einander nicht unbe-

dingt freundlich gesinnter, aber gegen Präsident Obama vereinten rechten Gruppierungen. Seine Außenpolitik spiegelt die Widersprüche dieser bunten anti-Obama Phalanx wider. Trumps Politik vereint damit unter anderem Ziele von Paleokonservativen (kurz Paleocons) mit jenen der Neokonservativen (kurz Neocons) und er bedient sich der Sprache weißer Nationalisten.

Der *Paleokonservatismus* ist eine Spielart des amerikanischen Konservatismus, der sich stark gegen Immigration stellt, liberalem Außenhandel feindlich gegenübersteht und ansonsten einen möglichst schlanken Staat fordert. Paleocons, wie die Anhänger dieser Bewegung bezeichnet werden, verfolgen also eine eher isolationistische Außenpolitik und lehnen ein internationales Engagement der USA ab. Zugeständnisse an Paleocons sind vor allem in der harten Migrationspolitik, dem Einreiseverbot für BürgerInnen einiger mehrheitlich muslimischer Staaten, im Bau der Mauer entlang der Grenze zu Mexiko und in der isolationistischen Handelspolitik zu sehen.

In den letzten Monaten haben aber vor allem sogenannte Neocons an Bedeutung in der Administration gewonnen. *Neocons* sind aus dem anti-kommunistischen Kampf heraus entstanden. Sie setzen sich für eine Politik der militärischen Stärke und wenig Kompromissen bei der Verbreitung US-amerikanischer nationaler Interessen ein. Dabei sehen sie auch die Demokratie als einen „US-amerikanischen“ Grundwert, der in der Welt verbreitet werden soll. Dies gilt vor allem für autoritäre, anti-amerikanische Regime. Neocons konnten traditionell unter republikanischen Präsidenten an Macht und Einfluss gewinnen. Ihren bislang größten Einfluss erlangten Neocons unter der Administration von George W. Bush. Neocons in der Bush Administration, wie Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz oder Paul Bremer gelten als jene, die den Krieg gegen Saddam Hussein vorangetrieben haben. Der Umstand, dass der

Irak in Folge des Krieges in Chaos zerfiel und, dass anstatt eines wachsenden US-amerikanischen Einflusses der Iran einer der Hauptgewinner des Krieges war, führte dazu, dass die Neocons in weiterer Folge weitgehend an Einfluss verloren.

Umso überraschender war die Rückkehr von Neocons in zentrale Posten in der Trump Administration. Neocons, bzw. „war hawks“ (Kriegsfalken) wie Trumps nationaler Sicherheitsberater John Bolton oder Außenminister Mike Pompeo, beide vertreten die Position, dass die USA das Regime im Iran durch einen Militärschlag beseitigen sollten, haben in den letzten Monaten stark an Einfluss gewonnen und prägen vor allem die Nahostpolitik. Der Nahen Osten war und ist traditionell ein beliebtes Spielfeld für Neocons.

Der Umstand, dass Präsident Trumps erste Auslandsreise ihn nach Saudi-Arabien und nicht wie sonst üblich nach Kanada und zu den wichtigsten europäischen Verbündeten führte, war ein erstes Signal dafür, dass der Nahe Osten in der Außenpolitik des Präsidenten eine hohe Priorität haben wird.

Trump revidiert damit auch die Politik von Barack Obama. Obamas Nahostpolitik war zurückhaltend. Er hatte die Meinung vertreten, dass sich die USA durch ein zu starkes militärisches Engagement im Irak und Afghanistan überdehnt und überanstrengt hatten. Statt einer Involvierung in mehreren Krisenzone setzte Obama auf einen Rückzug aus dem aktiven Engagement mit Humanressourcen und eine Fokussierung der Energien und Kapazitäten auf Asien. 2011 erklärte Obama, dass die USA eine pazifische Macht seien und sich für den Aufbau einer gleichberechtigten, auf Regeln basierenden Ordnung in der Region engagieren würden (Patrick, 2011). Stattdessen sollten regionale Verbündete sowie NATO-Partner stärker Verantwortung übernehmen. Obama sah die USA nicht in der Rolle einer

Krisenfeuerwehr, sondern in der eines Koordinators eines internationalen Regelwerkes. Auch das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA) gilt als ein Beispiel für diesen Zugang. Ein internationales Abkommen sollte den Iran an Regeln binden und dadurch für Frieden in der Region sorgen. Die Einbindung Irans in ein internationales Abkommen würde, so Obamas Plan, die Verlagerung der außen- und sicherheitspolitischen Ambitionen der USA nach Asien begünstigen.

Obamas Iran Strategie war selbst in den eigenen Reihen nicht unumstritten. Zum einen schlossen sich viele der Sorge Israels an, dass der Iran dadurch nicht geschwächt sondern gestärkt werde und zum anderen sind Ressentiments gegenüber dem iranischen Regime parteiübergreifend. Sie können auf die Geiselnahme in der US Botschaft in Teheran 1979 zurückgeführt werden. Gemäß eines manichäischen Weltbildes, das die Welt in Gut und Böse einteilt, sehen viele das iranische Regime als eine fundamental „böse“ Kraft und Gefahr. Manichäismus ist zwar weit verbreitet, leitet aber insbesondere in rechten Kreisen die Einschätzung und Einordnung der Welt in Gut und Böse. Als „böse“ gilt dabei leicht alles, was sich gegen US-amerikanische Interessen, die per se als „gut“ wahrgenommen werden, stellt. Sie sahen Obamas Atomabkommen nicht nur als ein Zeichen der Schwäche, sondern, da er ihrer Meinung nach, dem Iran zu weit entgegenkam, ein Pakt mit dem „Bösen“ und damit eine Gefahr für den Frieden.

Obamas Iran-Politik rückte seine unterschiedlichen Gegner im rechten Spektrum näher zusammen. Trump konnte das bereits während des Wahlkampfes im Jahr 2016 geschickt für sich nutzen. Mit einer anti-iranischen Haltung kann sich Präsident Trump vor allem innenpolitisch als ein mutiger Kämpfer gegen das „Böse“ darstellen. Als Zugeständnisse an rechte Gruppierungen gelten die Verlegung der US Botschaft nach Jerusalem, der Rückzug

aus dem Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran, die Einstellung der Zahlungen Washingtons an UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East), die Schließung der palästinensischen Vertretung in Washington und zu Letzt die Ankündigung die Golan Höhen als Teil Israels anzuerkennen.

Für viele BeobachterInnen stellt sich die Frage, wie weit rechte Gruppierungen wie die Neocons tatsächlich Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Präsidenten haben. So steht doch z.B. Trumps überraschende Ankündigung die Truppen aus Syrien abziehen in Widerspruch zu den Zielen der Neocons.

Wer beeinflusst die Außenpolitik?

Während Wertheim in der New York Review of Books (2019) meint, dass Trumps Außenpolitik inzwischen weitgehend von neokonservativen Ideen und Zielen geleitet ist und Neocons den Ton angeben, vertritt Tom Rogan vom *Washington Examiner* die Meinung, dass zwar Trumps Rhetorik neokonservativ sei, seine Politik aber als realistisch einzustufen ist (Mills 17-10-2017).

Das was Trump, die Neocons sowie seinen Sicherheitsberater Bolton verbindet ist das Misstrauen in die traditionelle Diplomatie und in internationale Institutionen und der Glaube, dass es manchmal notwendig ist durch den Einsatz des Militärs die eigenen Interessen durchzusetzen (The Conversation 2018). Allerdings meinen viele BeobachterInnen, dass sich Trump nicht so leicht zu einer Militärintervention und dem Umsturz eines Regimes, sei es im Iran, Syrien oder auch Nordkorea, überreden lassen würde. Vielmehr ist er von eigenen Impulsen geleitet. So soll er demnach auch die Entscheidung die Truppen aus Syrien abziehen impulsiv nach einem Telefongespräch mit dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdoğan

getroffen haben, ohne seine BeraterInnen davor zu konsultieren (NBCNews 2018).

Dadurch ist zu erkennen, dass Trump rechten Gruppen und deren Interessen zwar gezielt entgegenkommt, dies aber nur so lange, wie diese auch nützlich für seine eigenen innenpolitischen Interessen sind. Man kann daher eher von einer Zweckgemeinschaft, denn einer ideologisch gefestigten Gemeinschaft sprechen.

Die Entlassung seines ehemaligen Beraters Steve Bannon in Folge eines Streits mit Trumps Tochter und Beraterin Ivanka verdeutlicht wie schnell er ideologische Schlüsselfiguren fallen lassen kann, sofern sich seine und deren Interessen kreuzen.

Trumps Tochter Ivanka und sein Schwiegersohn Jared Kushner spielen überhaupt eine zentrale Rolle im Weißen Haus. Kushner ist mit der Ausverhandlung des Nahostfriedensplans beauftragt. Sein zweites wichtiges Projekt ist die Ausarbeitung einer umfassenden Gefängnisreform. Dies zeigt erstens auf wie weit sich unter Trump die Grenzen zwischen Familienmitgliedern und politischen EntscheidungsträgerInnen verschoben haben und weist zweitens darauf hin, wie dünn die Personaldecke der Administration ist. Trump hatte in der Vergangenheit mehrfach Schwierigkeiten wichtige Posten im Weißen Haus mit den geeigneten Personen zu besetzen. So konnte z.B. der Posten des Stabschefs des Weißen Hauses mehrere Monate lang nicht besetzt werden, bis sich schließlich Mick Mulvaney dafür fand. Auch wichtige Posten auf niedrigeren Ebenen in der Bürokratie sind nun bereits zwei Jahre nach Amtsantritt noch nicht besetzt¹.

¹ Dies gilt vor allem für das State Department. Das resultiert vor allem aus der Tatsache, dass sich qualifizierte Persönlichkeiten oft nicht bereit erklären für die Administration zu arbeiten und andererseits ist es aber auch die Folge einer gezielten Politik. So sollen fehlende Positionen im State

Die regionalpolitische Dimension der Anti-Iran Koalition

Geopolitisch verfolgt Trump das Ziel Israel mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten in einer neuen regionalen Sicherheits- und Wirtschaftsallianz zusammenzubringen. Das vereinigende Element dabei ist die gemeinsame Feindschaft gegen das iranische Regime. Israel und Saudi-Arabien fühlen sich durch den Iran und seine regionalen Aktivitäten in ihrer Existenz bedroht. Der Iran gilt als eine aufsteigende Regionalmacht, deren Fühler sich weit in die MENA Region erstrecken. Seit dem Abzug der USA aus dem Irak konnte der Iran seinen Einfluss auf Bagdads Politik stark ausbauen. Iranische Truppen haben auch die schiitischen Milizen und die irakische Armee im Kampf gegen den Islamischen Staat unterstützt und auch in Syrien sind iranische Kämpfer auf Seiten des Regimes aktiv.

Das gemeinsame Interesse Saudi-Arabien und Israels ist es den Iran weitgehend zurückzudrängen. Ein Hindernis für eine formalisierte strategische und militärische Zusammenarbeit gegen den Iran stellt der ungelöste Nahostkonflikt dar. Deshalb gilt der von Trump als „ultimativer Deal“ angekündigte Nahostfriedensplan als ein zentrales Element im Aufbau einer regionalen Anti-Iran Koalition die Israel miteinbezieht. Mit der Entwicklung des Friedensplans ist sein Schwiegersohn Jared Kushner beauftragt. Kushner werden enge Verbindungen zum israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu nachgesagt. Kushner kündigte die Veröffentlichung des Friedensplans für die Zeit nach den israelischen Parlamentswahlen am 8. April 2019 an. Insbesondere Trumps Erklärung, es sei die Zeit gekommen die Souveränität Israels über die Golanhöhen

Department eine Kontrolle durch das Weiße Haus erleichtern.

anzuerkennen, gilt als eine Wahlkampfhilfe für Netanyahu.

Ein weiterer wichtiger Puzzlestein in Trumps Anti-Iran Politik und dem damit verbundenen Friedensplan ist der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman, in den amerikanischen Medien meist kurz als MbS titulierte. MbS gilt als ein Anti-Iran Falke und verantwortlich für das saudische militärische Engagement gegen die vom Iran unterstützten Huthi Rebellen im Jemen, aber auch für die Entführung des libanesischen Premierministers Saad al-Hariri 2017. Zuletzt wurde MbS mit der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul in Verbindung gebracht.

MbS spielte als damaliger Verteidigungsminister auch eine tragende Rolle bei der Abwicklung des weltweit größten Waffengeschäftes, das während Trumps Besuch in Saudi-Arabien im Mai 2017 im Umfang von 350 Milliarden Dollar abgeschlossen wurde. Nur einen Monat nach Trumps Besuch wurde er von König Salman überraschend zum Kronprinzen erklärt. Durch eine harte Politik gegen KritikerInnen und potenzielle Rivalen/Rivalinnen innerhalb des saudischen Staatsapparates und der Königsfamilie konnte MbS inzwischen weitgehend die unumschränkte Kontrolle über das saudische System erlangen. Seither regiert er das Land mit eiserner Hand. MbS hat nun nicht nur die notwendige Autorität im Staat um eine strategische Partnerschaft mit Israel durchzusetzen, sondern er scheint dafür auch selbst bereit zu sein. Als bislang erster arabischer Staatsmann erkannte er öffentlich den Juden/Jüdinnen das Recht auf einen eigenen Staat zu.

Damit baut die gesamte Nahoststrategie der Trump Administration auf Saudi-Arabien und Israel auf und vernachlässigt andere wichtige langjährige Bündnispartner wie die Türkei und Jordanien. Ägypten, ein weiterer traditionell

wichtiger regionaler Verbündeter der USA wird aufgrund der starken Abhängigkeit des al-Sisi Regimes von saudischer finanzieller Unterstützung als im Orbit Riyads wahrgenommen. Einen weiteren Schwachpunkt der Nahoststrategie stellt der Umstand dar, dass sie weitgehend personalisiert ist. Trump und sein Stab vertrauen dabei vor allem auf einzelne Personen wie MbS oder den israelischen Premierminister Netanyahu und ignorieren weitgehend andere Meinungen und Positionen in den jeweiligen Ländern bzw. andere mögliche unerwartete Entwicklungen.

So stellte z.B. die Ermordung von Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul und die Erkenntnis, dass MbS mit großer Wahrscheinlichkeit darin verwickelt war ein grundlegendes Problem für die Umsetzung der Nahostpläne der Trump Administration dar. Mit dem Fall MbS wäre der gesamte Nahostplan gescheitert. Aus diesem Grund tat sich die Trump Administration schwer MbS offen zu kritisieren oder gar die Beziehungen mit Saudi-Arabien zu überdenken.

Ausblicke

Mehr denn je sind Innen- und Außenpolitik eng miteinander verbunden. Unter Donald Trump drohen die USA sich weitgehend von ihrer über Jahrzehnte aufgebauten Grand Strategy zu entfernen. Liberale Werte sowie Multilateralismus und internationale Institutionen spielen in Trumps Außenpolitik kaum mehr eine Rolle. Diese ist vor allem durch persönliche Beziehungen auf bilateraler Ebene geprägt. Außenpolitik wird von Trump weitgehend als transaktionale Partnerschaften, bei denen es im Wesentlichen um Deals geht, verstanden.

Auch die Nahostpolitik ist weniger durch klare ideologische Ziele oder geostrategische Überlegungen, als durch innenpolitische Kalkulati-

onen definiert. Widersprüchliche außenpolitische Entscheidungen spiegeln die unterschiedlichen Einflüsse auf die Entscheidungsprozesse wider.

Dass die Nahostpolitik der USA sich weitgehend von ideellen und geostrategischen Prinzipien getrennt hat und vor allem auf die beiden Akteure Israel und Saudi-Arabien, bzw. die in diesen Ländern führenden Persönlichkeiten aufbaut, verdeutlicht die Verengung der Rolle der USA in der Region. Die US-zentrische, entlang innenpolitischer Überlegungen formulierte, Nahostpolitik läuft Gefahr mittel- bis langfristig die Rolle der USA in der Region zu reduzieren. Dabei spielt auch die Vernachlässigung und Entfremdung mit anderen wichtigen regionalen Akteuren eine Rolle. Die Lücke, die die USA dabei hinterlässt, könnte von anderen internationalen Akteuren bzw. regionalen Mächten gefüllt werden.

Auch wenn eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel wünschenswert ist, sollte dies nicht um den Preis der PalästinenserInnen geschehen.

Die Strategie, die PalästinenserInnen weitgehend draußen zu lassen, eine Lösung mit den arabischen Staaten zu finden und schließlich die Zustimmung der PalästinenserInnen durch Einschüchterung und politischen und wirtschaftlichen Druck zu erzwingen, hat kaum Chancen auf Erfolg. Zum einen ist die Widerstandsfähigkeit der PalästinenserInnen nicht zu unterschätzen, zum anderen käme eine Zustimmung durch arabische Staaten einem Verrat an den PalästinenserInnen gleich und wäre in den jeweiligen Staaten innenpolitisch schwer zu vermitteln.

Trotz des wachsenden Einflusses der Neocons in der Administration und einer zunehmend aggressiven Rhetorik gegenüber dem Iran scheint eine militärische Intervention zum Umsturz des Regimes aus heutiger Sicht kaum realistisch. Vielmehr dient die Anti-Iran Politik als ein Instrument zur Vertiefung von politischen Allianzen im In- und Ausland. Zudem wäre ein Militärschlag vor den Präsidentschaftswahlen 2020 zu riskant, es gibt dafür auch keine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit.

Quellen:

Goldberg, J. (2016). The Obama Doctrine, *The Atlantic*, April Issue

<https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>

Mills, C. (2017). Are the Neocons Finally with Trump? *The National Interest* (17-10-2017)

<https://nationalinterest.org/feature/after-the-neocons-finally-trump-22767>

[NBCNews \(2018\)](#) Trump call with Turkey's Erdogan led to U.S. pullout from Syria (21-12-2018)

<https://www.nbcnews.com/politics/politics-news/trump-call-turkish-leader-led-u-s-pullout-syria-n950886>

Patrick, S. M. (2011). Obama's Plan for America's Pacific Century, *The Atlantic*, 25-11-2011

<https://www.theatlantic.com/international/archive/2011/11/obamas-plan-for-americas-pacific-century/249045/>

The Conversation (2018). Who is John Bolton and what does he want? (27-03-2018)

<https://theconversation.com/who-is-john-bolton-and-what-does-he-want-93917>

Wertheim, P. (2019). Return of the Neocons, *The New York Review of Books*, 02-01-2019

<https://www.nybooks.com/daily/2019/01/02/return-of-the-neocons/>